

Schwarzwälder Tageszeitung

'Aus den Tannen' Fernsprecher Nr. 17

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat Juni 3600 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 200 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile ober oder unten Raum 216 M., die Nebenzeile 500 M. Mindestbetrag eines Auftrags 900 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt maßgeblich.

Nr. 137.

Altensteig, Montag den 4. Juni.

Jahrgang 1918

Die Regierungskrise in Württemberg. Ministerwechsel. Austritt der Sozialdemokratie.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Samstag-Ausgabe folgende Bekanntmachung: „Durch Entschliegung des Herrn Staatspräsidenten ist der Justizminister Dr. Holz unter Entziehung von seinem bisherigen Amt als Justizminister zum Minister des Innern und Oberregierungsrat Beyerle, Kanzleidirektor im Justizministerium zum Justizminister ernannt worden.“

Staatspräsident Dr. v. Sieber hat den Vertretern der Stuttgarter Presse am Samstag mittig von diesen Ernennungen Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß es sich um eine Vermehrung der Zahl der Ministerien überhaupt nicht gehandelt habe und daß eine solche auch von keiner Seite gefordert worden sei. Ebenfalls habe es sich um die Schaffung neuer Stellen innerhalb der Ministerien gehandelt. Die Sozialdemokratische Fraktion habe dem Staatspräsidenten mitgeteilt: Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion stellt fest, daß die beiden anderen Koalitionsparteien der Sozialdemokratie innerhalb der Regierung nicht den Einfluß einzuwirken bereit sind, den sie auf Grund der Stärke ihrer Fraktion, wie auch von anderen Parteien grundsätzlich anerkannt ist, beanspruchen kann. Unter diesen Umständen ist sie nicht in der Lage, weiterhin an der Regierung teilzunehmen.

Nach dieser Erklärung ist mit Bestimmtheit der Austritt des Arbeits- und Ernährungsministers Reif zu erwarten.

Der neue Justizminister Josef Beyerle, der bisherige Kanzleidirektor des Justizministeriums, ist am 27. August 1888 als Sohn des Rentamtmanns Beyerle in Hohenstadt, Ost. Baden, geboren. Er steht also im 42. Lebensjahr. Die erste höhere Justizdienstprüfung machte er 1904, die zweite 1908, beide mit gutem Erfolg. Von 1908 bis 1910 war er als Rechtsanwalt in Stuttgart tätig. 1911 wurde er als Hilfsarbeiter in das Justizministerium berufen und ist seither ununterbrochen dort tätig. 1918 wurde er Justizministersekretär mit dem Titel und den Dienstrechten eines Amtsrichters und 1915 in die Dienstrechte eines Landrichters eingeweiht. 1918 wurde er von dem damaligen Justizminister von Mandry zum Kanzleidirektor des Justizministeriums mit dem Titel eines Landrichters ernannt. 1921 erfolgte die Ernennung zum Oberregierungsrat. Politisch gehört Oberregierungsrat Beyerle zur Zentrumspartei. Seit dem Frühjahr 1918 steht er als Nachfolger des im letzten Jahr verstorbenen bekannten ehemaligen Abg. Alfred Kemholz an der Spitze der württembergischen Gesamtpartei als deren Landesvorsitzender.

Dieser Ministerwechsel, der den Austritt der Sozialdemokratie aus der württ. Regierung zur Folge hat, hängt in sich eine Reihe von ungelösten Fragen und Schwierigkeiten. Eingeweihte gehen es voraus, daß es zu kommen mußte. Die Sozialdemokratie forderte eine stärkere Vertretung, ursprünglich ganz bestimmt das Ministerium des Innern als das wichtigste und bedeutendste Ministerium innerhalb der fünf württembergischen Ministerien. Das Zentrum betonte mit Recht seinen Anspruch auf das Ministerium des Innern, um das Gehe Größte zu wahren. Die Demokratie konnte nicht zum zweitenmal ihren Vertreter, Finanzminister Dr. Schell, fallen lassen. Das Zentrum hatte bei seiner Forderung die Unterstützung der Deutschen Volkspartei. Es ist es gekommen, daß die Sozialdemokratie, als ihre Wünsche nicht erfüllt werden konnten, zum Austritt aus der Regierung sich entschloß. Da sie bisher den Arbeitsminister Reif als Vertreter stellte und auch in Vertretung des Innern als wichtigste und bedeutendste Ministerien. Das Zentrum betonte mit Recht seinen Anspruch auf das Ministerium des Innern, um das Gehe Größte zu wahren. Die Demokratie konnte nicht zum zweitenmal ihren Vertreter, Finanzminister Dr. Schell, fallen lassen. Das Zentrum hatte bei seiner Forderung die Unterstützung der Deutschen Volkspartei. Es ist es gekommen, daß die Sozialdemokratie, als ihre Wünsche nicht erfüllt werden konnten, zum Austritt aus der Regierung sich entschloß. Da sie bisher den Arbeitsminister Reif als Vertreter stellte und auch in Vertretung des Innern als wichtigste und bedeutendste Ministerien.

stehend aus je zwei Ministern der Demokratie und des Zentrums, getragen von diesen Parteien und der deutschen Volkspartei, deren Stimmenzahl im Landtag aber nicht hinreicht, um der Regierung die parlamentarische Unterlage zu geben. Es erhebt sich deshalb die Frage, ob die Sozialdemokratie in die volle Opposition tritt oder ob die Deutschnationalen dem neuen Kabinett ihre Unterstützung leisten. Vor dem Zusammentritt des Landtags ist hierüber keine Entscheidung zu erwarten. Ob der durch den Rücktritt des Ministers Reif erledigte Posten im Arbeitsministerium wieder besetzt wird, steht noch dahin. Jedenfalls besteht neben der Möglichkeit einer Weisung mit einem sogenannten Fachminister oder einem Angehörigen der Minderheitsparteien (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei, wobei letztere vielleicht am meisten Aussicht, aber nicht genügend Auswahl von Kandidaten hat) noch die Lösung, das im Jahre 1918 geschaffene Arbeits- und Ernährungsministerium wieder aufzuheben und bestehenden Ministerien anzugliedern.

Wenn in den nächsten Tagen in der Presse vom „bayerischen Kurs“ in Württemberg zu lesen sein wird, so sei daran erinnert, daß auch in der Reichsregierung zur Zeit die Sozialdemokratie nicht vertreten ist und daß dieser Ministerwechsel an sich somit noch keine Veränderung des Kurses der württembergischen Politik bedeutet. Diese Veränderung kann nur durch eine scharfe Oppositionsstellung der Sozialdemokratie herbeigeführt werden, wodurch das Kabinett dann zu einem Lavieren und Zusammengehen mit der Rechten in einzelnen Fragen gedrängt wird. Was man „bayerische Politik“ nennt, wird aber unter einem Ministerium Dr. Sieber in Württemberg nicht gemacht.

Im übrigen bleibt die Entwicklung der nächsten Wochen vor allem der Zusammentritt des Landtags, abzuwarten.

Falschmünzerei als Kampfmittel der Franzosen.

Wie der bewaffnete Einsatz der Franzosen in das Ruhrgebiet auf Seiten der wehrlos Angegriffenen eine neue Form der Abwehr gereizt hat, so hat er auf Seiten des Angreifers zu den schon vorher bekannten, im letzten Jahrzehnt zur Vollkommenheit entwickelten Mitteln der Kriegsführung ein neuartiges, auf der Höhe unierer Zivilisation stehendes Mittel des Wirtschaftskampfes gesetzt: die Falschmünzerei. Die „Frankf. Bzg.“ schreibt hierzu: Beschränkte sich der Wirtschaftskrieg bisher nur auf die humane Form der Blockade und Aus Hungerrung, so schreitet man nunmehr auf diesem Gebiet, wie schon etwas früher im Kampf der Schlangenzellen mit den Giftgasen, zur Vergiftung des wirtschaftlichen Verkehrslaufes, indem man gefälschte Noten in den Verkehr bringt. In Duisburg haben es die Franzosen fertig gebracht, in die im Dienst der Reichsbahn arbeitende Druckerei Marx einzubrechen und dort Druckplatten, Notenschemen und fertige Noten zu rauben. Die Notenschemen wurden von den Franzosen zerschneiden, die unfertigen Noten mit Gummistempel fertiggestellt. Einige Zeit später wurde dann versucht, die so „gewonnenen“ Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen. So kauften z. B. zwei belgische Offiziere in einem Geschäft in Duisburg Waren gegen die gefälschten Scheine ein. Dabei bedeutete der eine Offizier nach seinem Kameraden, er solle doch die Note umdrehen, wahrscheinlich, damit die falsche Nummerierung nicht gleich in die Augen springe. Die Banque Belge wagte es sogar, der Kölner Reichsbank-Hauptstelle 400 Millionen Mark gefälschter Noten zur Guthchrift auf Girokonto zu überreichen. Die Fälschung wurde aber bemerkt und die Noten wurden entwertet und zurückgegeben. Ob die Franzosen weitere derartige Versuche machen wollen, läßt sich nicht sagen. Die Druckplatten haben sie jedenfalls trotz häufiger Vorstellungen nicht zurückgegeben. Größeren Schaden konnte glücklicherweise bisher vermieden werden, da die Druckerei gerade mit ihrer Arbeit begonnen hatte und noch keine Exemplare ihrer Serie im Umlauf waren. So konnte die Bevölkerung noch rechtzeitig vor Annahme der erbeuteten M. X.-Noten gewarnt werden. Schwieriger ist es schon, die Annahme der von den Franzosen selbst mit falschem Stempel versehenen Scheine zu verhindern. Vielleicht haben sich die Franzosen daran erinnert, daß Geldraub in vergangenen Jahrhunderten ein lukratives Geschäft war und daß manch großes Vermögen auf den Bismarckdampfern im Atlantischen Meer beim Überfall der

spanischen Eisbergschiffe erworben worden ist. Vielleicht auch sind sie weniger historisch vorgegangen und haben aus der glücklichen Gelegenheit die glückliche Erfindung geboren. Wenn auch kein Edelmetall in die Kassen der Wächtigen fließt, so dürfte jedenfalls doch auf diese Weise der Erfolg der Wirtschaftsvergiftung zu erzielen sein, der bei einem gefunden Gelbwesen beträchtlich durchgreifender wirken würde, als bei einem schon zerrüteten, wie es das unsere ist.

Neues vom Tage.

Die Gewerkschafts-Denkchrift.

Berlin, 3. Juni. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter-, Angestellten und Beamtenverbände haben eine Denkchrift an den Reichskanzler gerichtet, in der sie anerkennen, daß die Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu der Frage der Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Bürgen für den Anleihebetrieb die grundsätzliche Zustimmung zu dem Gedanken der Sachwertverfassung bringt. Diese Zustimmung werde aber, so fährt das Schreiben weiter aus, durch die daran geknüpften außen- und innenpolitischen Voraussetzungen nahezu wirkungslos. Die Industrie verführe mit dem Staat als unabhängige Macht zu verhandeln und stelle Forderungen, wo es gelte, die Bürgschaft gegen den Staat zu erfüllen. Die Haltung der Industrie lasse den Schluss zu, daß sie die Gesamtfrage der Entschädigungen über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen wolle. Die Sachwertverfassung könne nur auf dem Wege geschlichteter Maßnahmen ermöglicht werden. Unmöglich sei es, der organisierten Arbeiterschaft, über die Preisgabe des Achtstundentages und über die anderen erhobenen Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln. Eine „Privatisierung“ der Reichs- und Staatsbetriebe hält die Denkchrift für ausgeschlossen. Selbst die Verwirklichung dieser Verlangens würde die Erzielung der von der Industrie angenommenen Ergebnisse dieser Betriebe für unabhärbare Zeit unmöglich machen. Andererseits wird in dem Schreiben des Reichsverbandes der Industrie der Wille zu ausreichender Steuerbelastung vermisst. Schließlich erwartet die Denkchrift eine gerechtere Verteilung der Entschädigungslast durch die Regierung und den Reichstag. Vor allem sollen die gutbefestigten Vermögen zur Deckung herangezogen werden. — Die Denkchrift ist von einer Anlage begleitet, die sich im einzelnen mit dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie auseinandersetzt und erklärt, daß in dem Schreiben die Grundlage für die Lösung der Entschädigungsfrage nicht gegeben ist.

Ein zweiter „Fall Schlageter“.

Frankfurt, 3. Juni. Die „Frankf. Bzg.“ meldet aus Ludwigshafen: Nach zuverlässigen Mitteilungen ist als Urheber des Anschlags auf der Eisenbahnstrecke bei Anheim, der zur Entgleisung eines Franzosenzuges führte, ein aus Oldenburg stammender Ingenieur des Oppauer Stickstoffwerkes durch die Franzosen verhaftet worden. Er hat die Tat eingestanden und erklärt, er habe sie aus Vaterlandsliebe verübt. Er sei deutscher Offizier. Der Name des Ingenieurs ist noch nicht bekannt. Er soll sich dadurch verraten haben, daß er sich öffentlich der Tat rühmte. Nachdem der Täter festgenommen ist, erwartet man eine Aufhebung oder doch eine Milderung der über die Städte Ludwigshafen, Mannheim verhängten, schwer lastenden Verkehrsperre. Am Samstag nachmittag wurde die Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen auf kurze Zeit geöffnet, um Durchreisenden Gelegenheit zum Ueberfahren zu geben.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Bochum, 3. Juni. Im Bochumer, Hattinger, Wittensteiner- und Wanne-Revier sind die Belegschaften vollständig wieder eingefahren. Auch in den Eisenwerken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Bauarbeiter sind geschlossen zur Arbeit zurückgeführt.

Aburteilung des Oberregierungsrats Lutterbed.

Duisburg, 3. Juni. Der vor einigen Tagen verhaftete Oberregierungsrat Lutterbed, der Vertreter des Regierungspräsidenten, ist vom Kriegsgericht in Sterkrade wegen Beleidigung des kommandierenden Generals in Duisburg zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt worden. Er soll angeblich in einem Brief den kommandierenden General Vongeville beleidigt haben.

Zulburg, 3. Juni. Nachdem am 30. Mai schon 66 Eisenbahner von den Belgieren aus Zulburg ausgewiesen waren, mußten am Samstag neuerdings 72 Eisenbahner Zulburg verlassen.

Die royalistischen Ueberfälle vor der französischen Kammer.

Paris, 3. Juni. Die Ueberfälle auf drei französische Abgeordnete, die auf dem Wege zu einer anti-monarchistischen Versammlung von sogenannten Royalisten angegriffen und mißhandelt wurden, fanden ein Nachspiel in der Kammer. Die Aufregung der Kammermehrheit entlud sich schon vor Beginn der Sitzung, als der Abg. Leon Daudet in den Wandelgängen erschien. Er als 100 Abgeordnete umringten ihn und überschütteten ihn mit Vorwürfen. Der Minister des Innern Mounoury erklärte, daß die Regierung die Attentate, die an drei verschiedenen Stellen der Stadt unternommen worden sind, auf das lebhafteste mißbilligt. Die Regierung findet solche Ueberfälle untragbar und sie ist entschlossen, die auf das unheimlichste zu unterdrücken. Weiterhin sagte der Minister, nach den Untersuchungen, die vorgenommen wurden, haben wir einen Beweis dafür, daß eine Organisation, die ganz Frankreich umfaßt, die Republik bedroht. Wir haben eine Liste ihrer Führer. Wir versprechen, daß wir die Republik verteidigen werden. Die Rechtsverfolgung ist im Gange. Eine Tagesordnung wurde angenommen, daß die Kammer entschlossen ist, alle republikanischen Einrichtungen zu schützen.

Bulgarien gegen die Lösung von Lausanne.

Sofia, 3. Juni. Der bulgarische Ministerrat hat sich mit der in Lausanne gefundenen Lösung unzufrieden erklärt. Bulgarien müsse einen direkten Zugang zum Meere haben, der entweder durch das Territorium eines selbständigen Thrakiens oder durch ein bulgarisches Gebiet zu verwirklichen sei. Der Lausanner Sekretär Bulgariens wurde telegraphisch von seiner Regierung in diesem Sinne angewiesen.

Auch in Hessen...

Zarmstadt, 3. Juni. Im Anschluß an eine Versammlung, in der die Kommunisten die Bildung von Hundertschaften gefordert hatten, fanden hier Kundgebungen statt, die einen so bedrohlichen Charakter annahmen, daß die Hauptstrafen mit Stacheldraht abgebarret werden mußten. Ein Panzerkräften der Polizei war aufgeföhren, mußte aber nicht in Tätigkeit treten.

Die Saar-Untersuchung.

London, 3. Juni. Dem „Daily Telegraph“ zufolge spricht Poincaré Antwort auf die britische Note, worin die Ernennung einer Untersuchungskommission für die Saarverwaltung durch den Völkerrundrat vorgeschlagen wird, dem Völkerrundrat unter Anführung juristischer Erwägungen die Befugnis ab, eine Untersuchungskommission zu ernennen.

Für ein englisch-amerikanisches Zusammengehen.

Paris, 3. Juni. Lord Robert Cecil hat seine erste öffentliche Rede als Mitglied des Baldwin-Kabinetts gehalten. Lord Cecil trat für ein Zusammenarbeiten Amerikas und Englands ein. Er sagte: „Ich möchte, daß diese beiden Nationen, ehe es zu spät ist, dem Völkerrundrat oder irgend einem anderen Bunde beitreten, denn ich finde keine andere Möglichkeit, gegen den Krieg eine Schranke zu errichten. Die englisch-amerikanische Freundschaft und Zusammenarbeit zählt zu den wichtigsten Dingen in der Welt.“

Eine neue Abrüstungskonferenz in Washington.

Paris, 3. Juni. Mitteilungen aus Washington zufolge trägt sich Präsident Harding mit dem Gedanken, eine neue Konferenz zur Abrüstung einzuberufen. Die Konferenz würde sich zuerst mit der Einschränkung der Luftkräften beschäftigen und sich dann mit der Entwicklung der Handels- und Verkehrsluftschiffahrt befassen.

London, 3. Juni. Einer aus Gibraltar eingetroffenen Meldung zufolge haben die Aufständischen den spanischen Streitkräften in Marokko eine ernste Niederlage bereitet. Die Verluste der Spanier seien außerordentlich groß. Die Soldaten der spanischen Fremdenlegion, die sich nach Madrid einschiffen wollten, um an einer Festlichkeit teilzunehmen, erhielten den Befehl, nach Melilla zurückzukehren. Es wurden Sonderzüge zu diesem Zweck eingestellt.

Uns Stadt und Land.

Montags, 4. Juni 1923

• **Eröffnung der Schwurgerichtssitzungen des 3. Vierteljahrs 1923.** Die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen des 3. Vierteljahrs beginnen in Lödingen am Montag, den 2. Juli 1923, vorm. 10^{1/2} Uhr, in Kollweil am Dienstag, den 3. Juli 1923, vorm. 9 Uhr.

• **Dem Landw. Bezirksverein Nagold.** Am Samstag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Vereinsvorsitzenden Hirschwirt Kleiner im Gasthof z. Waldhorn in Ebdhausen eine Ausschußsitzung des Landw. Bezirksvereins Nagold statt, welche sich mit der längst geplanten Gründung einer Bezugs- und Absatzgenossenschaft befaßte. Anwesend waren hiebei auch Vertreter der Darlehensklassen des Bezirks. Nach erfolgter lebhafter Aussprache wurde zunächst der Pachtvertrag mit der Schwarzwälder Luchfabrik über die Pachtung der Rohrdorfer Mühle durch den Landw. Bezirksverein bekanntgegeben und die Pachtung mit allen gegen eine Stimme genehmigt. Einstimmig wurde alsdann beschlossen, neben dem Mühlebetrieb in den Räumen dieses Anwesens eine Bezugs- u. Absatzgenossenschaft ins Leben zu rufen. Es soll diese Genossenschaft später weiter ausgebaut und auch anderwärts ein Lagerhaus errichtet werden. Auch die Vertreter der Darlehensklassen waren mit allen gegen zwei Stimmen für Gründung der Genossenschaft, die vom Landw. Bezirksverein und den Darlehensklassen gemeinsam betrieben werden soll. Es wurde eine Kommission zur weiteren Vorbereitung der Genossenschaft gewählt, deren Angehörige: der Vorsitzende des Landw. Bezirksvereins, Hirschwirt Kleiner, der Vorsitzende der Darlehensklassenvereinsung des Bezirks, Schultheiß Dengler-Ebdhausen, vom Landw. Bezirksverein: Landwirt Kalmbach-Ebdhausen, Gemeindeflegrer Schaidle in Simmersfeld und Hirschwirt Kuhn in Effingen, von den Darlehensklassen Hanselmann-Simmersfeld, Darr-Rindersbach und Stodinger-Schönbrunn. Die Vorbereitungen sollen nun, nach langen Erwägungen, beschleunigt und in einer in Kürze stattfindenden allgemeinen Versammlung die Genossenschaft definitiv gebildet werden.

• **Das neue 500-Mark-Stückgeld.** In der nächsten Zeit werden vom Reichsfinanzministerium 500-Markstücke in Verkehr gegeben, die sich in ihrer Beschaffenheit den bereits in Umlauf befindlichen Zweihundertmarkstücken anbahnen werden. Die neuen Stücke haben einen Durchmesser von 27 Millimeter und ein Gewicht von 1 1/2 Gramm. Auf der Schriftseite tragen sie innerhalb des aus flachen Strichen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes in Antiqua die Umschrift „Deutsches Reich“; in der Mitte in arabischen Ziffern die Zahl 500, und darunter in Antiqua das Wort „Mark“. Die Rückseite zeigt den Reichsadler. Um diesen stehen die Worte: „Einigkeit und Recht und Freiheit.“ Die neuen 500-Mark-Stücke werden nach und nach bis zu einer Gesamtsumme von neunzig Milliarden Mk. ausgegeben werden.

• **Neue Steuern.** Im Reichsfinanzministerium sind in den letzten Tagen eine Anzahl von Gesetzentwürfen fertiggestellt worden, die eine Minderung und Erhöhung einer Reihe von bestehenden Verbrauchsteuern bezwecken. Sie sollen spätestens am 1. September in

... einen Steuerfuß von 0 Mk. (bisher 12 Pf.) für ein Kilogramm Salz vor, ferner die Befestigung sämtlicher Abgabeberechnungen und eine Minderung der bisherigen Art der Steuerkontrolle, die durch eine einfache Buchkontrolle ersetzt werden soll, wodurch die Ausgaben des Reiches für die Verwaltung der Salzsteuer auf ein Drittel der bisherigen Verwaltungskosten herabgedrückt werden sollen. Die künftige jährliche Salzsteuererlösnahme wird auf mindestens 13 Milliarden Mk. (bisher 100 Millionen) geschätzt. Der dem Reichsrat bereits zugegangene Entwurf eines Mineralwasser-Steuergesetzes sieht eine Verhundertfachung der bestehenden Sätze vor. An dem bisherigen System der Fabrikat- und Mengenbesteuerung ist in dem Entwurf festgehalten. Der Reichsfinanzminister soll ermächtigt sein, die Steuer zu erhöhen, wenn die Herstellerpreise seit dem letzten Antrittreten der Steuer um 50 Prozent gestiegen sind, oder die Steuer zu ermäßigen, wenn die Herstellerpreise auf den ursprünglichen Stand zurückgegangen sind. Die Steuerschuld wird, wie beim Biersteuergesetz, an den Ausgang der Erzeugnisse aus dem Betrieb zurückverlegt. Nach Berechnung der Steuer wird der Steuerbetrag, der im Jahre 1922 etwas über 37 Millionen betragen hat, voraussichtlich künftig 3,5 Milliarden Mk. erreichen. Der Entwurf soll bereits am 1. August in Kraft treten. In der Novelle zum Leuchtmitteleuersteuergesetz ist für die Besteuerung der Leuchtmittele (elektrische Glühlampen, Brennlampe, Glühlampe usw.) eine Wertsteuer vorgesehen, und zwar ist die Besteuerung nach dem vom Hersteller in Rechnung gestellten Preise vorzuschlagen. Die Steuer soll 20 Prozent betragen. Der Entwurf bringt im übrigen eine wesentliche Vereinfachung in den steuerlichen Uebervorsichtsmaßnahmen. Das Jahresauskommen an Leuchtmittelesteuer wird auf nahezu 45 Milliarden Mk. veranschlagt, während es im Jahre 1922 nur rund 70 Millionen Mk. betragen hat.

• **Für den notleidenden Mittelstand.** Die Verkaufsstelle für den notleidenden Mittelstand in dem alten Katharinenstift in Stuttgart, Friedrichstr. 34, hat seit der Eröffnung (21. Juni 1922) bis 20. Mai 1923 aus dem Verkauf der abgegebenen Gegenstände Einnahmen von insgesamt 400 Millionen Mk. erzielt. Der Andrang zu der Verkaufsstelle war besonders in den letzten Tagen außerordentlich stark; so betrug am 27. Mai die Tageseinnahme allein 17 Millionen Mk. Die Gegenstände werden fast alle rasch abgesetzt, so daß die bedürftigen Personen bald zu ihrem Geld kommen und damit andere für sie notwendige Gegenstände wie Lebensmittel, Brennstoffe usw. beschaffen oder ihre Miete und Rechnungen begleichen können. Die Zentralleitung für Wohlthätigkeit hat Zweigstellen in Heilbronn, Ravensburg und Ulm eingerichtet.

• **Verband landw. Genossenschaften Württembergs.** Die Umwandlung der dem Verband angegliederten Kaufstelle in eine Aktiengesellschaft ist vor kurzem durch notariellen Akt vollzogen worden. Auch in ihrer neuen Form bleibt die Kaufstelle eine ausschließliche Einrichtung der Landwirtschaft, vornehmlich der verbandszugehörigen Genossenschaften, und der Erwerb von Aktien ist deshalb den landwirtschaftlichen Kreisen, vor allem den landwirtschaftlichen Vereinigungen und Landwirten, vorbehalten.

• **Halberbach, 3. Juni. (Sängerfest.)** Vom Weiter begünstigt, fand am ersten Sonntag unter überaus großer Beteiligung das Sängerfest des Nagoldgaues des Schwäb. Sängerbundes, verbunden mit dem 50jähr. Jubiläum und der Fahnenerweihung des hiesigen Gesangsvereins statt. Gegen 1/2 Uhr setzte sich ein großer Festzug mit Festmusik, Musikkapellen und gegen 38 Vereinen auf den ideal gelegenen Waldesplatz in Bewegung, wo nach verschiedenen Ansprachen und Ehrungen die Enthüllung der Fahne vor sich ging. Nach Vortrag von 2 Messiasbüchern wählten sich alsdann ohne Wertung die verschiedenen Vereine in und außer Gau, wobei schöne Ehre zu Gebote kamen, leider aber die schwereren Piano-Ehre im Freien zu sehr verlangten.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

(19) (Nachdruck verboten.)

„In jedes Menschen Leben kommen trübe und dunkle Stunden, in denen er doch, und wenn er sich noch so abgeschlossen hat, einmal Sehnsucht nach einer gleichgültigen Seele und das Bedürfnis nach einer Ausdrucksprache empfindet. Sie kennen das Goethewort: „Alles kann der Mensch erdulden, nur den Menschen nicht! Und ich möchte Ihnen gern etwas sein!“ sagte der Pfarrer herzlich.

„Ich bin Ihnen für Ihre Güte unansprechlich dankbar, Hochwürden! Schwer ist mein Leben, doch ich laß mich nicht darüber sprechen, wenigstens jetzt noch nicht.“

„Sie sollen es auch nicht, ich will mich doch nicht in Ihre Vertrauen drängen! Haben Sie aber einmal das Bedürfnis nach einer Ausdrucksprache, jederzeit bin ich für Sie da — und im andern Falle: freit wird es mich freuen, wenn Sie mir eine Ihrer freien Stunden schenken. Auch ich habe ab und zu Verlangen nach einem Blaudersbüchlein mit einem Gleichgesinnten. Gegen dreißig Jahre sitze ich nun schon hier auf meiner Landpfarre, bin alt und grau geworden und habe viel Zeit zum Nachdenken gehabt. Ich habe Menschen getauft, getraut, zu Grabe getragen. Vieles Menschen Schicksal ist an mir vorübergezogen. In Demut und Geduld erwarte ich nun, was mir der Herr bestimmt.“

„Sie stehen über der Situation, Hochwürden! Doch ich kann mich noch nicht zu solcher Entlohnung aufschwingen, mit Händen und Füßen möchte ich mich wehren; nichts Schrecklicher, als mit gebundenen Händen tatenlos beiseite stehen müssen! In den vier Kriegsjahren bin ich durch viel Blut und Elend gewatet; nichts ist mir erspart geblieben — Flantern, Verdum, Sonne — wenn

ich diese Namen nenne, so werden Sie vielleicht eine Ahnung bekommen — nein, doch nicht! Nur wer in diesem Grauen war, versteht, was diese Namen bedeuten. Aber wie schnell ist das von der Heimat vergessen!“

Trübe nicht der Pfarrer vor sich hin. Er wußte von vielem, was seinen frommen Sinn arg betrübte und mit tiefer Sorge erfüllte, wenn er auch in seiner tiefen Menschenkenntnis Gründe und ein Versehen dafür fand. Karl Günther griff jetzt nach dem Bäckchen, das er mitgebracht. Er wickelte das Kästchen mit seinen Kriegsauszeichnungen aus der Umhüllung. „Eine Bitte habe ich, Hochwürden: vielen meinen einzigen Beschäftigten gern in Ihrer Obhut, wo er vor allzu neugierigen Späherblicken sicher ist. Ich erbatte vorhin Marie Dangelmann an meinem Koffer.“

Die Augen des Pfarrers glänzten freudig. „Ich danke Ihnen für diesen Beweis Ihres Vertrauens. Seien Sie versichert, daß ich es als mein wertvollstes Gut hüten werde.“ Er stand auf, um den Kasten in seinem Schreibtisch zu verschließen.

„Es ist kein Geld und Geldswert, Hochwürden. Für andere sind es vielleicht ganz bedeutungslos und wertlose Dinge — mir ist das einzige, was mir zur Erinnerung an eine große Zeit geblieben: meine Kriegsauszeichnungen sind es.“

„Es ist wohl unbedeuten, wenn ich den Wunsch ausspreche, sie zu sehen?“ Bittend klang des Pfarrers Stimme.

Nach kurzem Hören öffnete Karl Günther das Kästchen. Voller Staunen sah der geistliche Herr die große Anzahl der Ehrenzeichen. Er blickte dann auf die breite, blutrote Narbe in des anderen Gesicht. „An jedem hängt eine Tat, und jedes hat seine Geschichte!“ sagte er leise.

Karl Günther nickte.

„Ja, jedes hat seine Geschichte.“ Mit dunklem Blick sah er vor sich hin. „Ein anderes Mal werde ich Ihnen davon erzählen, Hochwürden!“ Er hielt die Kästchenstücke in der Hand. „Unreine Hände haben sie nicht zu berühren gewagt, Hochwürden. Schleicht wäre es ihnen auch

bekommen!“ stieß er zwischen den Zähnen hervor; in seinen Augen flammete ein düsteres Licht, während er unwillkürlich die Hände zu Fäusten ballte. „Des Kaisers Rof war mein Höchstes, Hochwürden, und nun liegt alles in Trümmer, was mir so teuer war.“

„Dann helfen Sie mit aufbauen, Karl Günther,“ sagte der Pfarrer ernst, „jeder muß dies jetzt nach seinen Kräften und Fähigkeiten.“

„Aufbauen! Vielleicht nur wieder für die Zerstreut und Vaterlandslosen! Ach, ich mag nicht!“

„Nicht trotzig beiseite bleiben, wenn es auf jeden einzelnen ankommt! Es gilt dem Grotzen, dem Heiligen, dem Vaterland — alles andere muß da zurückbleiben! Arbeiten, nicht verzweifeln! Sie müssen vielleicht berechtigten Groll überwinden! Der Herr bedient sich oft seltsamer Wege. Wir wissen, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen.“

„Es ist zu schwer, Hochwürden.“

„Nichts ist zu schwer, wenn man mit gutem Willen und auch mit Freude an ein Werk geht. Die Kräfte wachsen, je größer der Widerstand ist. Es ist wohl mehr als Zufall, daß Ihr jetziger Wirkungskreis gerade auf dem Lande ist. Da sehen Sie im Kleinen, welche Freude es ist, anzubauen. Haben Sie nicht das Samen Korn in die Erde gelegt, haben Sie nicht Ihre Freude gehabt, wie es keimte, wuchs und jetzt der Ernte entgegenreift?“

„Sie sehen alles von einer höheren Warte, Hochwürden. Aber wer wie ich mitten im Strudel war und so viel miterlebt hat, so viel Schmutz — nein, Hochwürden, es ist alles noch zu frisch, Jörn, Groll, Verzweiflung, das sitzt an einem, reißt einen noch ganz auf. Das Bitterste ist ja das Bewußtsein, den Feind, den wir unzählige Male geschlagen, den wir vier Jahre unseren Untzgen ferngehalten haben, daß wir diesen Feind sich nun als übermächtigen Sieger im Vaterlande gebärden sehen, das ist schlimmer als alles, was ich draußen erlebt habe.“

(Fortsetzung folgt.)



Geraberg, 4. Juni. Der erst letzte Spätsommer mit gegläubter Kriegervereine konnte am gestrigen Sonntag bei reichlichem Wetter und zahlreicher Beteiligung die Weihe seiner neuen Fahne vornehmen. Der Festtag, der zugleich ein solcher für den Verein und die Gemeinde war, wurde durch Blumenschmuck und einen Festgottesdienst um 8 Uhr vormittags eingeleitet. Zur festgesetzten Stunde begann die Aufstellung des Festzuges, der aber durch verspätetes Eintriften einzelner Vereine einige Verspätung erlitt. Der Festzug, bestehend aus circa 20 Vereinen mit 2 Schwenken gelben Mänteln und ebenso schwenken Ehrenjungfrauen an der Spitze, bewegte sich unter den Klängen der Altensteiger Stadtkapelle durch den geschmückten Ort. Am Kriegerdenkmal wurde Halt gemacht und durch eine einbrechende Ansprache und Redelegung von Klängen durch Bezirksobmann Rühle aus Calw, den Gefallenen gedacht. Von da ging es zum Festzelt, wobei Hauptlehrer Reibor die Begrüßungsaussprache hielt. Nach Entfaltung der Fahne, für welche die Festjungfrauen ein Fahnenband stifteten, und dem Vortrag eines Biologes durch eine Festjungfrau, hielt Vorstand Seeger die Festrede. Es gab zugleich einen Rückblick über die Gründung des Vereins und brachte der Bezirksleitung, die den Verein ins Leben rief, den Dank zum Ausdruck. Bezirksobmann Rühle richtete einen schneidigen Appell an die erkrankten Kameraden und schloß denselben mit einem Hoch auf den festgebenden Verein und auf die so zahlreich erschienenen Vereine aus dem Regionalbezirk. Verschloß wurde die Feier durch gutgeschulte Vorträge des Jochenberger Gesangsvereins und durch den aus Anlaß des Festes gesungenen gemischten Chor.

Geraberg, 4. Juni. (Wahl.) Bei der am Samstag erfolgten Ortsvorsteherwahl erhielt Gemeindevater Christian Bauer 93 Stimmen, Andreas Banz 24 Stimmen. Bauer ist somit mit großer Mehrheit gewählt.

Stuttgart, 3. Juni. (Bekämpfung der Preisüberhöhung.) Das württ. Arbeits- und Ernährungswirtschaftsministerium hat die mit der Preisüberhöhung befaßten Stellen auf die mit dem neuen Marktzusammenhang die Gefahr willkürlicher Preisänderungen und Warenmangel durch einzelne Erzeuger, Groß- und Kleinhändler hingewiesen und zur Pflicht gemacht, gegenartige Maßnahmen, die den Marktzusammenhang der Allgemeinheit ausnützen, rasch und nachdrücklich zu ergreifen.

(Gewerkschaftliche Forderungen.) An das württ. Staatsministerium haben die allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine deutsche Beamtenbund in einer Eingabe das dringende Ersuchen gerichtet, zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers mit größter Beschleunigung auf dem Verwaltungswege zu bestimmen: 1) Auf sämtlichen Märkten im ganzen Lande ist das Schnellverfahren durchzuführen, wobei so lächerlich geringe Strafen wie bisher nicht angeht werden müssen. Es ist Freiheitsstrafe anzusetzen und die Entziehung der Händlerlaubnis auszusprechen; 2) Sämtliche Kleinhändler, die mit Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsartikeln handeln, sind unter Androhung von schweren Strafen anzuhalten, alle Auslagen in Schaufenstern und Läden mit Preisen an leicht sichtbarer Stelle zu versehen, bzw. Preisverzeichnisse sichtbar in den Schaufenstern anzuhängen. Hierdurch soll eine ständige, für das Publikum leicht auszuführende Kontrolle erreicht werden; 3) Wucherfälle, die vom Publikum zur Anzeige gebracht werden, sind ebenfalls im Strafbefehl-Schnellverfahren unter Anwendung schärfster Strafen zu erledigen. Weitere Forderungen beziehen sich auf Abne und Gehälter.

Redarweilheim, 3. Juni. (Todesopfer durch künstliche Drogenmittel.) In ganz kurzer Zeit mußten zwei hiesige Einwohner durch Unvorsichtigkeit beim Anstreichen künstlichen Düngers ihr Leben lassen. Die Ehefrau des Landwirts Herte hatte beim Feigen eine kleine Verletzung im Gesicht außer Acht gelassen. Sie kam den Pflanzen zu nahe und obgleich ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, mußte die junge Frau ihr Leben lassen. — Der andere Fall betrifft den Landwirt H. Herte. Er hatte eine ganz kleine Verletzung am Finger, streute Kunstdünger aus und in ganz kurzer Zeit entzündete sich der Finger. Es trat Fieber ein und der Kranke mußte ins Heilbrunner Krankenhaus überführt werden. Trotz aller angewandter Mittel konnte auch er nicht am Leben erhalten werden.

Freudenstadt, 3. Juni. (Ein Denkmal.) Das hiesige in Straßburg i. E. in Garnison stehende 8. württ. Infanterie-Regiment Nr. 28, Großherzog Friedrich von Baden, hatte im Weltkrieg die größte Anzahl von Gefallenen von allen württembergischen Regimentern. Diesen soll nun auf den Höhen des Schwarzwaldes mit dem Blick auf die alte Garnison und die Rheinebene beim Wäldchen auf der Wildseehöhe ein einfaches Denkmal gesetzt werden.

Lorch, 3. Juni. (Leichenfund.) Im Beurenberger Wald fanden Kinder den Leichnam eines Erhängten, und zwar eines 35 Jahre alten, in Öppingen wohnenden verheirateten Malers, der sich am Freitagabend von dort entfernt hatte und infolge eines im Feld erhaltenen Kopfschusses an geistiger Verwirrung litt.

Wersbach a. F., 3. Juni. (Vereingefallen.) Ein Bauer von Kapfenreuth hat in einer Wirtshaus hier im Blaubeim um 10000 Mk. verkauft. Als er den Handel später überlegte, und an seine strenge Hausherrin dachte, kaufte er sein Blaubeim um einen Zentner Haber mehr, dessen Preis auf 60—70000 Mk. steht. — Ein anderer hiesiger Bürger erhielt 200000 Mk. für eine Biere, ließ aber die Papierrolle herumfahren. Ein Weibchen machte sich hinter diese und nur mit Mühe gelang es, die Tausender dem Wiederkäufer zu entziehen.

Wasserkillingen, 3. Juni. (Töblicher Unfall.) Der ledige Schreiner Wilhelm Bod wurde von einem herunterstürzenden Balken bei Holz sammeln im Wald tödlich verletzt.

Die Lehrlingsfrage im Reichstag.

Die Meisterlehre im Handwerk gefährdet.

Von J. J. J. J. J., Präsident der Handwerkskammer zu Karlsruhe.

Anlässlich der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums im Reichstag brachte dessen Ausschuss zu Kapitel 3 Titel 1 der fortbauenden Ausgaben eine Entschließung ein, die Reichsregierung zu ersuchen, schnellstens folgende Materien gesetzlich zu regeln: 1. Die berufliche Ausbildung Jugendlicher, 2. die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge, 3. die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch die Arbeitgeber.

Die soziale Fürsorge, wozu in erster Reihe der Jugendschutz, die gesunde Erziehung, die Jugendwohlfahrt, die allgemeine berufliche Ausbildung Jugendlicher, der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Industrie, sowie der Lehrlinge in Handwerk und Gewerbe gehören, ist ein überaus umfangreiches Gebiet und erfordert verständnisvolle Einzelbehandlung. Es läßt sich nicht nach sozialdemokratischer Manier einfach mit einer parteipolitischen Handbewegung abtun. Im Ausschuss hat die Sozialdemokratie mit harter künstlicher Aufregung eine einheitliche gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens verlangt. Sie hat anscheinend vergessen, daß die Reichsgewerbeordnung vom 26. Juli 1887 die Frage grundsätzlich geregelt hat. Auf Grund der Paragraphen 81 u. bis 103 c und 126 bis 132 dieser Gewerbeordnung sind von den Handwerkskammern Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen worden. Sie gele zu, daß von der Gelegenheit, die das Gesetz bietet, von manchen Handwerkskammern und Innungen kein Gebrauch gemacht wurde, in Baden ist es seit 1909 geschehen. Diese Vorschriften wurden von der obersten Landesbehörde genehmigt und somit wurden die Handwerkskammern und Innungen mit der Durchführung dieser Vorschriften, also mit der Ueberwachung und der Fürsorge des gesamten Lehrlingswesens im Handwerk betraut. Reibungslos und ohne jede Kritik hat sich der Werdegang und Bildungsgang des handwerklichen Nachwuchses vollzogen. Erst seit dem Umsturz nahm man sich von sozialdemokratischer Seite der Handwerkslehrlinge an. Nach der Manier: „Der Zweck heiligt die Mittel“ schob man bei der Behandlung der Frage die „Entlohnung der Lehrlinge“ vor, hatte aber in Wirklichkeit das Koalitionsrecht im Auge, das im Par. 17 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens genau umschrieben war.

Gewiß hat die Erfahrung gelehrt, daß eine neue Regelung des Lehrlingswesens auch im Handwerk erforderlich ist. Aber das ist keine politische Frage, sondern eine Berufsfrage erster Ordnung und kann nur im Zusammenhang mit dem neuen Berufsrecht für das deutsche Handwerk geregelt werden. Seit 224 Jahren haben die deutschen Handwerksmeister mit Anwendung all ihrer geistigen und körperlichen Kräfte, so hieß es unlängst mit Recht in einer Kundgebung der Spigenvertretung des deutschen Handwerks und der deutschen Handwerkskammern, in unauffälliger, selbstlosem Wirken Tausende junger Handwerker ausgebildet, um den Nachwuchs des deutschen Handwerks zu fördern. Die gewerblichen Schulen, die Innungen und Handwerkskammern waren einträchtig bemüht, durch geeignete Vorschriften die Geisteskräfte in technischer und theoretischer Hinsicht so zu gestalten, daß nach Abschluß dieser Prüfung taugende gewerbliche und hausgewerblich wohl vorbereitete Fach- und Qualitätsarbeiter hinaus in die produktive Volkswirtschaft gegeben werden konnten zur Ehre des deutschen Handwerks, zum Wohle des Volksganzen. So soll es bleiben, der Meister aber die Meisterin übernimmt aus der Elternhand den noch in Kindesalter stehenden Jungen oder Mädchen und damit die Verantwortung, die Elternpflicht an dem Kinde fortzuführen, um dazu noch die technische Bildung treten zu lassen. In den höheren Pflichten des Meisters gehört die Ueberwachung des Lehrlings außerhalb der Arbeitszeit, Ueberwachung des gewerblichen Schulbesuches, seiner religiösen Pflichten-erfüllung und seines gesellschaftlichen Umganges. Der Entwicklungsgang des Lehrlings darf durch nichts gestört werden, er wird aber gefördert, sobald einige wesentliche Bestandteile, wie Vergütung, Arbeitszeit und Koalitionsrecht aus dem Ganzen herausgenommen werden. Was soll es heißen: Die Ausbildung des Lehrlings, die Dauer der Lehrzeit und die Ablegung der Geistesprüfung wird durch Lehrvertrag bestimmt, die Vergütung, die Kostenschädigung und die Arbeitszeit wird durch Tarifverträge erledigt? In solcher Aufstellung wird sich kein zuverlässiger Lehrling finden. Ein solcher Lehrvertrag würde der

Erziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge, 3. die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch die Arbeitgeber.

Die soziale Fürsorge, wozu in erster Reihe der Jugendschutz, die gesunde Erziehung, die Jugendwohlfahrt, die allgemeine berufliche Ausbildung Jugendlicher, der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Industrie, sowie der Lehrlinge in Handwerk und Gewerbe gehören, ist ein überaus umfangreiches Gebiet und erfordert verständnisvolle Einzelbehandlung. Es läßt sich nicht nach sozialdemokratischer Manier einfach mit einer parteipolitischen Handbewegung abtun. Im Ausschuss hat die Sozialdemokratie mit harter künstlicher Aufregung eine einheitliche gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens verlangt. Sie hat anscheinend vergessen, daß die Reichsgewerbeordnung vom 26. Juli 1887 die Frage grundsätzlich geregelt hat. Auf Grund der Paragraphen 81 u. bis 103 c und 126 bis 132 dieser Gewerbeordnung sind von den Handwerkskammern Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen worden. Sie gele zu, daß von der Gelegenheit, die das Gesetz bietet, von manchen Handwerkskammern und Innungen kein Gebrauch gemacht wurde, in Baden ist es seit 1909 geschehen. Diese Vorschriften wurden von der obersten Landesbehörde genehmigt und somit wurden die Handwerkskammern und Innungen mit der Durchführung dieser Vorschriften, also mit der Ueberwachung und der Fürsorge des gesamten Lehrlingswesens im Handwerk betraut. Reibungslos und ohne jede Kritik hat sich der Werdegang und Bildungsgang des handwerklichen Nachwuchses vollzogen. Erst seit dem Umsturz nahm man sich von sozialdemokratischer Seite der Handwerkslehrlinge an. Nach der Manier: „Der Zweck heiligt die Mittel“ schob man bei der Behandlung der Frage die „Entlohnung der Lehrlinge“ vor, hatte aber in Wirklichkeit das Koalitionsrecht im Auge, das im Par. 17 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens genau umschrieben war.

Erziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge, 3. die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch die Arbeitgeber.

Die soziale Fürsorge, wozu in erster Reihe der Jugendschutz, die gesunde Erziehung, die Jugendwohlfahrt, die allgemeine berufliche Ausbildung Jugendlicher, der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Industrie, sowie der Lehrlinge in Handwerk und Gewerbe gehören, ist ein überaus umfangreiches Gebiet und erfordert verständnisvolle Einzelbehandlung. Es läßt sich nicht nach sozialdemokratischer Manier einfach mit einer parteipolitischen Handbewegung abtun. Im Ausschuss hat die Sozialdemokratie mit harter künstlicher Aufregung eine einheitliche gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens verlangt. Sie hat anscheinend vergessen, daß die Reichsgewerbeordnung vom 26. Juli 1887 die Frage grundsätzlich geregelt hat. Auf Grund der Paragraphen 81 u. bis 103 c und 126 bis 132 dieser Gewerbeordnung sind von den Handwerkskammern Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen worden. Sie gele zu, daß von der Gelegenheit, die das Gesetz bietet, von manchen Handwerkskammern und Innungen kein Gebrauch gemacht wurde, in Baden ist es seit 1909 geschehen. Diese Vorschriften wurden von der obersten Landesbehörde genehmigt und somit wurden die Handwerkskammern und Innungen mit der Durchführung dieser Vorschriften, also mit der Ueberwachung und der Fürsorge des gesamten Lehrlingswesens im Handwerk betraut. Reibungslos und ohne jede Kritik hat sich der Werdegang und Bildungsgang des handwerklichen Nachwuchses vollzogen. Erst seit dem Umsturz nahm man sich von sozialdemokratischer Seite der Handwerkslehrlinge an. Nach der Manier: „Der Zweck heiligt die Mittel“ schob man bei der Behandlung der Frage die „Entlohnung der Lehrlinge“ vor, hatte aber in Wirklichkeit das Koalitionsrecht im Auge, das im Par. 17 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens genau umschrieben war.

Gewiß hat die Erfahrung gelehrt, daß eine neue Regelung des Lehrlingswesens auch im Handwerk erforderlich ist. Aber das ist keine politische Frage, sondern eine Berufsfrage erster Ordnung und kann nur im Zusammenhang mit dem neuen Berufsrecht für das deutsche Handwerk geregelt werden. Seit 224 Jahren haben die deutschen Handwerksmeister mit Anwendung all ihrer geistigen und körperlichen Kräfte, so hieß es unlängst mit Recht in einer Kundgebung der Spigenvertretung des deutschen Handwerks und der deutschen Handwerkskammern, in unauffälliger, selbstlosem Wirken Tausende junger Handwerker ausgebildet, um den Nachwuchs des deutschen Handwerks zu fördern. Die gewerblichen Schulen, die Innungen und Handwerkskammern waren einträchtig bemüht, durch geeignete Vorschriften die Geisteskräfte in technischer und theoretischer Hinsicht so zu gestalten, daß nach Abschluß dieser Prüfung taugende gewerbliche und hausgewerblich wohl vorbereitete Fach- und Qualitätsarbeiter hinaus in die produktive Volkswirtschaft gegeben werden konnten zur Ehre des deutschen Handwerks, zum Wohle des Volksganzen. So soll es bleiben, der Meister aber die Meisterin übernimmt aus der Elternhand den noch in Kindesalter stehenden Jungen oder Mädchen und damit die Verantwortung, die Elternpflicht an dem Kinde fortzuführen, um dazu noch die technische Bildung treten zu lassen. In den höheren Pflichten des Meisters gehört die Ueberwachung des Lehrlings außerhalb der Arbeitszeit, Ueberwachung des gewerblichen Schulbesuches, seiner religiösen Pflichten-erfüllung und seines gesellschaftlichen Umganges. Der Entwicklungsgang des Lehrlings darf durch nichts gestört werden, er wird aber gefördert, sobald einige wesentliche Bestandteile, wie Vergütung, Arbeitszeit und Koalitionsrecht aus dem Ganzen herausgenommen werden. Was soll es heißen: Die Ausbildung des Lehrlings, die Dauer der Lehrzeit und die Ablegung der Geistesprüfung wird durch Lehrvertrag bestimmt, die Vergütung, die Kostenschädigung und die Arbeitszeit wird durch Tarifverträge erledigt? In solcher Aufstellung wird sich kein zuverlässiger Lehrling finden. Ein solcher Lehrvertrag würde der

Erziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge, 3. die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch die Arbeitgeber.

Die soziale Fürsorge, wozu in erster Reihe der Jugendschutz, die gesunde Erziehung, die Jugendwohlfahrt, die allgemeine berufliche Ausbildung Jugendlicher, der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Industrie, sowie der Lehrlinge in Handwerk und Gewerbe gehören, ist ein überaus umfangreiches Gebiet und erfordert verständnisvolle Einzelbehandlung. Es läßt sich nicht nach sozialdemokratischer Manier einfach mit einer parteipolitischen Handbewegung abtun. Im Ausschuss hat die Sozialdemokratie mit harter künstlicher Aufregung eine einheitliche gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens verlangt. Sie hat anscheinend vergessen, daß die Reichsgewerbeordnung vom 26. Juli 1887 die Frage grundsätzlich geregelt hat. Auf Grund der Paragraphen 81 u. bis 103 c und 126 bis 132 dieser Gewerbeordnung sind von den Handwerkskammern Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens erlassen worden. Sie gele zu, daß von der Gelegenheit, die das Gesetz bietet, von manchen Handwerkskammern und Innungen kein Gebrauch gemacht wurde, in Baden ist es seit 1909 geschehen. Diese Vorschriften wurden von der obersten Landesbehörde genehmigt und somit wurden die Handwerkskammern und Innungen mit der Durchführung dieser Vorschriften, also mit der Ueberwachung und der Fürsorge des gesamten Lehrlingswesens im Handwerk betraut. Reibungslos und ohne jede Kritik hat sich der Werdegang und Bildungsgang des handwerklichen Nachwuchses vollzogen. Erst seit dem Umsturz nahm man sich von sozialdemokratischer Seite der Handwerkslehrlinge an. Nach der Manier: „Der Zweck heiligt die Mittel“ schob man bei der Behandlung der Frage die „Entlohnung der Lehrlinge“ vor, hatte aber in Wirklichkeit das Koalitionsrecht im Auge, das im Par. 17 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens genau umschrieben war.

Gewiß hat die Erfahrung gelehrt, daß eine neue Regelung des Lehrlingswesens auch im Handwerk erforderlich ist. Aber das ist keine politische Frage, sondern eine Berufsfrage erster Ordnung und kann nur im Zusammenhang mit dem neuen Berufsrecht für das deutsche Handwerk geregelt werden. Seit 224 Jahren haben die deutschen Handwerksmeister mit Anwendung all ihrer geistigen und körperlichen Kräfte, so hieß es unlängst mit Recht in einer Kundgebung der Spigenvertretung des deutschen Handwerks und der deutschen Handwerkskammern, in unauffälliger, selbstlosem Wirken Tausende junger Handwerker ausgebildet, um den Nachwuchs des deutschen Handwerks zu fördern. Die gewerblichen Schulen, die Innungen und Handwerkskammern waren einträchtig bemüht, durch geeignete Vorschriften die Geisteskräfte in technischer und theoretischer Hinsicht so zu gestalten, daß nach Abschluß dieser Prüfung taugende gewerbliche und hausgewerblich wohl vorbereitete Fach- und Qualitätsarbeiter hinaus in die produktive Volkswirtschaft gegeben werden konnten zur Ehre des deutschen Handwerks, zum Wohle des Volksganzen. So soll es bleiben, der Meister aber die Meisterin übernimmt aus der Elternhand den noch in Kindesalter stehenden Jungen oder Mädchen und damit die Verantwortung, die Elternpflicht an dem Kinde fortzuführen, um dazu noch die technische Bildung treten zu lassen. In den höheren Pflichten des Meisters gehört die Ueberwachung des Lehrlings außerhalb der Arbeitszeit, Ueberwachung des gewerblichen Schulbesuches, seiner religiösen Pflichten-erfüllung und seines gesellschaftlichen Umganges. Der Entwicklungsgang des Lehrlings darf durch nichts gestört werden, er wird aber gefördert, sobald einige wesentliche Bestandteile, wie Vergütung, Arbeitszeit und Koalitionsrecht aus dem Ganzen herausgenommen werden. Was soll es heißen: Die Ausbildung des Lehrlings, die Dauer der Lehrzeit und die Ablegung der Geistesprüfung wird durch Lehrvertrag bestimmt, die Vergütung, die Kostenschädigung und die Arbeitszeit wird durch Tarifverträge erledigt? In solcher Aufstellung wird sich kein zuverlässiger Lehrling finden. Ein solcher Lehrvertrag würde der

Es wird vom Reichstag erwartet werden müssen, daß er, sofern der Artikel 164 der Reichsverfassung kein leerer Wahn ist — die oben genannte Ausschlußentscheidung ablehnt. Die letzte Besung steht vor der Tür. Der Beschluß des Reichstages am 5. Mai ging dahin, daß Punkt 1 der Entschließung angenommen, dagegen die Punkte 2 und 3 in den Ausschuss verwiesen wurden. Ich hoffe, daß bei der endgültigen Verabschiedung sich in dieser für das selbständige Handwerk lebenswichtigen Frage eine Mehrheit finden wird, die dem Wunsch des gesamten deutschen selbständigen Handwerks Rechnung trägt.

Abgangs- und Ankunftszeiten der Züge in Altensteig

vom 1. Juni bis 30. September 1923.

Altensteig ab	5.00	7.15 F	7.30 W	9.05 W	9.53 F	3.00	7.21
" an	8.18 W	9.38 F	11.32 W	1.34	6.59	10.48	

Abgangs- und Ankunftszeiten der Postposten

Altensteig Postamt ab	10.35	und	6.40 Uhr
" an	8.50 W	9.10 F	1.45 Uhr

Altensteig Postamt ab	8.25 vor F	9.45 F	7.11 Uhr
" an	7.00 F u. vor F	2.35 Uhr	



Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Preussisches Defizit. Der Staatshaushaltsanschlag für Preußen sieht Ausgaben infolge der Besoldungserhöhung, der sachlichen Preissteigerungen und eines Ausfalls an Ueberweisungen von 945 Milliarden 470 Millionen vor. Das Defizit beträgt darnach rund 400 Milliarden Mark.

Refordflug München-Wien. Die Flugstrecke München-Wien ist in einem Refordflug zurückgelegt worden und zwar in einer Zeit von 140 Minuten.

Wider Streik in Köln. Dem wilden Streik der Kölner Eisenbahner haben sich am Freitag sämtliche anderen städtischen Arbeiter in Köln angeschlossen.

Rückkehr Testa nach dem Ruhrgebiet. Monsignore Testa ist am Freitag nach dem Ruhrgebiet abgereist. Unmittelbar vorher hatte er noch eine Abschiedsaudienz beim Papst.

Ruhe in Saarlouis. Am Freitag herrschte in der Stadt Saarlouis vollständig Ruhe, nachdem die Stadtverwaltung der Forderung der Demonstranten auf Entlassung der herangezogenen Landgendarmarie nachgegeben ist.

Stinnes in Mailand. Nach einer Meldung des „Messagero“ soll Hugo Stinnes in privaten Geschäften in Mailand angekommen sein und auch bereits einige Besprechungen mit einem Verwaltungsrat einer Bank über die Ruhrfrage gehabt haben. Stinnes' Aufenthalt in Mailand werde aber nur kurz sein, da er sofort in die Schweiz zurückkehren müsse.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Die Opferbereitschaft der Industrie und der Landwirtschaft in der Reparationsfrage und das Abflauen des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet wirkten beruhigend auf die Effektenbörsen dieser Woche. Wenn auch vielfach das Angebot auf den meisten Gebieten überwog, so kam es doch immer wieder zu Befestigungen im Anschluß an die Bewegung des Zeviseumarktes. Der Dollar stieg im freien Handel bisweilen bis auf 75 000.

Der Produktionsmarkt ist nicht in vollem Maße der aufwärtsstrebenden Tendenz des Dollars gefolgt, sondern zeigte, wohl im Hinblick darauf, daß im Lande noch beträchtliche Bestände sich befinden, einen etwas weicheren Unterton. Die Umsätze blieben zwar die ganze Woche durch klein. Letzte Berliner Marktnotizen: Weizen 115 000, Roggen 98 000, Haber 82 000, Gerste 88 000, Mais 95 000, Weizenmehl 162 500, Roggenmehl 140 000, Kleie 53 000.

Der Metallmarkt blieb angesichts der großen Preise, welche jede Stunde einen Rückschlag bringen können, ruhig. Insbesondere herrscht im Silbergeschäft große Zurückhaltung. Für Platin hörten wir zuletzt 210 000 Mk., für Gold 40 500, für Silber 1385 pro Gramm. Zinn notierte 64 500, Raffinabkupfer 20 000, Nidel 37 550, Zink 9600, Blei 8100 Mk. pro Tonne.

Am Warenmarkt kommen jetzt die Steigerungen des Dollars der letzten Wochen empfindlich zum Ausdruck.

Die sinkende Kaufkraft der Mark brachte in den letzten Wochen in allen Berufsständen die nötigen Lohnerhöhungen, wodurch sich die Produktionskosten derjenigen Artikel, welche viel Lohnaufwand erfordern, stark erhöht haben. Die Kartelle und Preiskonventionen kommen daher mit großen Preiserhöhungen für ihre Fabrikate heraus, so z. B. kostet Kakaopulver jetzt 31 000 Mk. pro Tonne, Schmelzschokolade 2700 Mk. die Tafel, und es schlugen Briefordner, Ablegemappen, Register und Futterale von 35 000 auf 45 000 Prozent der Grundpreise auf. Der Großhandelsindex hat sich durch das erneute Sinken der Kaufkraft der deutschen Mark am 25. Mai auf das 309fache des Friedensstandes gehoben.

Der Güter- und Zerkmarkt steht in der neuesten Feuerungswelle mit in vorderster Reihe. Die Preise auf den in dieser Woche stattgefundenen Auktionen sind etwa 40-50 Prozent höher als auf den Auktionen von Ende April oder Anfang Mai.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Samstag in Berlin 78 054 G., 78 446 Br., in Frankfurt 80 548 G. und 80 951 Br.

- 1 Schweizer Franken = 14 289 G., 14 300 Br.
- 1 französischer Franken = 5187 G., 5213 Br.
- 1 italienischer Lira = 3765 G., 3884 Br.
- 1 holländischer Gulden = 31 321 G., 31 478 Br.
- 1 Pfund Sterling = 369 675 G., 370 925 Br.
- 100 Österreichische Kronen = 111 G., 112 Br.
- 1 tschechische Krone = 2408 G., 2416 Br.
- 1 dänische Krone = 14 763 G., 14 837 Br.
- 1 spanischer Pesieta = 12 209 G., 12 330 Br.

260 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich erfolgt vom 4. Juni ab bis auf weiteres zum Preise von 260 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück. Reichsilbermünzen werden zum 5000fachen Betrag des Nennwerts übernommen.

Neuer Weizenmarktpreis. Die Südd. Mühlenvereinigung hat am Samstag den Richtpreis für Weizenmehl, Speis. 0. auf 440 000 (bisher 400 000) Mk. für die 100 Kilo mit Sac ab Mühle festgesetzt.

Neuer Preisanschlag auf Nähgarn. Die Betriebs-Gesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähgarn-Fabriken G. m. b. H. in Wünnen hat den Aufschlag auf Nähgarnpreise und Grundpreise um weitere 300 Punkte auf 4700 Prozent erhöht.

Neue Süßholzkpreise. Der Verkaufspreis für Verbrauchsrohstoff für den Absatz durch die deutsche Süßholzfirma in Berlin wurde mit Wirkung vom 1. Juni ab wie folgt festgesetzt: H-Packung 320 Mk., G-Packungen in Tabletten zu 20 Prozent 100 Stück enthaltend 530 Mk., 200 Stück 1000 Mk., 500 Stück 2350 Mk.

Marktbericht. Auf dem Kassamarkte Schweinemarkte wurden bei gutem Geschäftsgang für das Paar Auser 700 000 bis 1 Million Mk. und für das Paar Buser 400-600 000 Mk. bezahlt.

Wärmeliches Wetter. Unter dem neuen Hochdruck ist für Dienstag vorzugsweise trockenes und warmes Wetter mit deutlichen Gewitterregen zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Gewaltakt der Franzosen.

WTB. Düsseldorf, 2. Juni. Die Franzosen fragten vor 8 Tagen die Geschäftsleitung des Düsseldorfser Tageblatts, ob sie bereit sei, eine Zeitung in deutscher Sprache für die französische Regierung zu drucken. Die Geschäftsleitung lehnte dies ab. Darauf erschienen am 1. Juni 4 französische Offiziere mit einer Wache und beschlagnahmten die Druckerei mit der Begründung, die Besatzungsbehörde werde den Druck jetzt selbst in die Hand nehmen. Alle Angestellten und Arbeiter mußten das Haus sofort verlassen. Seher und Drucker wurden gefragt, ob sie arbeiten wollen. Das Personal lehnte es einstimmig ab, für die Franzosen zu arbeiten.

Die Verhafteter vom Ruhrgebiet.

WTB. Berlin, 4. Juni. Nach einer Meldung der „Nachpost“ aus Eberfeld hat die Polizeibehörde in Wöckum und Dortmund die Ermittlungen nach den Anführern und den Angehörigen der kommunistischen Hundertschaften mit Erfolg fortgesetzt. In Dortmund wurden etwa 500 Personen festgenommen und vernommen. Ein Teil der Verhafteten wurde wieder freigelassen. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen wurden Waffen und Munition in reichem Maße vorgefunden. Auch in Hb de sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Einige der Handelsführer sind im Hagener Industriegebiet ermittelt worden, wo sie zum Streik hielten. Im Wuppertal dehnt sich die Streikbewegung weit aus. U. a. sind die Betriebsräte von drei großen Betrieben der Metallbranche in Barmen bereits in den Aufstand getreten.

Die kommenden Wochen und England.

WTB. London, 4. Juni. Der „Observer“ schreibt, die kommenden Wochen würden den Beginn des ernstesten und verheerendsten Versuchs bringen, der je gemacht worden sei, um das furchtbare Durcheinander der Reparationen, der interalliierten Schulden, der Ruhrfrage, der französischen Sicherheit und ähnlicher verwandter Probleme beiseite zu räumen. Die britische Regierung nehme auf die persönliche Haltung Baldwin hin eine entschlossene Haltung ein.

Für die Sachlichkeit verantwortlich: Rudolf Bach, Druck und Verl. der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Allfällige Bekanntmachungen.

Getr. Mehl- und Brotpreise.

Vom 4. Juni d. J. ab werden die Mehl- und Brotpreise wie folgt festgesetzt:

- Brotmehl:**
- Abgabe an Kleinhändler Mk. 118 800.— per Dtzr.
- an Verbraucher „ 1 350.— per kg
- Brot:**
- 1 Schwarzbrot zu 930 g Mk. 1 100.—
- Ragold, den 30. Mai 1923. Oberamt: Müng.

Nichelberg Oberamt Calw.



Nadelstammholz-Verkauf

Die Gemeinde hängt am Samstag, den 9. Juni aus dem Gemeindegewald Scheidholz von 1922 meist Lannen zum Verkauf:

- 1. Los. Distrikt I bei Weistern.
- 10,21 I., 15,85 II., 8,08 III., 4,24 IV., 4,80 V., 0,71 VI.
- Sägholz:
- 10,98 I., 6,80 II., 1,74 III.
- 2. Los. Distrikt III bei Nichelberg:
- 3,14 I., 5,28 II., 7,98 III., 2,32 IV., 1,94 V., 1,04 VI.
- Sägholz:
- 3,32 I., 7,84 II., 1,87 III.

Die unterschiedenen Angebote, in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise vom 1. November ausgedrückt, wollen verschlossen mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ bis Samstag, den 9. Juni, mittags 1 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden, wo auch die Bedingungen bekannt gegeben werden und zugleich die Öffnung auf dem Rathaus stattfindet. Zuschlag kann gleich erfolgen oder innerhalb 3 Tagen.

Losverzeichnis durch Waldschütz Feder mann. Der Gemeinderat.

Altensteig.

Bergebung von Anstricharbeiten.

Habe sämtliche Anstricharbeiten an meinem Neubau zu vergeben. Offerten wollen bis Donnerstagabend den 7. Juni d. J. mir eingereicht werden.

Friedrich Schaidle.

Altensteig.
Tausche Schafwolle
gegen
Strickwolle.
Hans Schmidt.

Ein gut erhaltenes
Clavier

hat zu verkaufen, wer? — sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Für eine Münzenammlung suche ich einige

5 M. Goldstücke

zu Liebhaberpreisen zu kaufen.

Berger, 3 St. Gafth. 3 Krone, Altensteig.

Altensteig.
Einen Wurf schöne, junge



Schwarzer Salz und Pfeffer, hat zu verkaufen. Wähler, Mehlhändler.

Zum
Verband

- empfiehlt
- Frachtbriebe
- Begleitadressen
- Unhängeadressen
- Zustelladressen
- Packpapiere
- Weiß-Einwickelpapier
- Pergament-Ersatz
- Echt Pergament
- die

W. Rieker'sche Buch.

Altensteig.

Simmerfeld.
Ein Paar kleine



Fünfer-Schweine verkauft. Fr. Hart.

ACHTUNG!
Kaufe fortwährend zu höchsten Tagespreisen und zahle z. Bt. für
Kupfer bis 9000 Mk.
Messing „ 5500 „
Blei „ 2500 „

Geschirrzinn bis 25 000 Mk.
Paul Frey
Kupfer- und Zinnwarenfabrik Altensteig.

Der neue Taschensfahrplan
Gültig vom 1. Juni 1923 an
ist erschienen u. zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Zur Schultheißenwahl in Hochdorf!

Erwidern auf das Eingekandt in Nr. 126.

Der Wille ist jetzt kund getan
Es ruht auch jht der Schlenkrian,
Es geht auch jht Euch alle an
Gewählt ist nicht der große Mann.

Die Bürger wählten keinen Knaben
Wir einen Mann wieder zum Schultheißen haben.
Euch sollt man mit dem Schlegel winken
Ihr Wähler von der äußeren Linken!

Sie schreiben von den guten Waden
Die der Linken ihr Bewerber wird haben,
Aber man hört von den Reuten allen,
Dah auch ein Wader, wie dieser kann lassen.

Sondern bei denen ist es vor Allem
Den Reuten auf den Hals zu fallen.
Den Reuten wie den Reichen
Ihren Wählerwahn zu zeigen.

Was hätte auch der Geistige gemacht?
Alein hätte er's nicht fertig gebracht.
Marie und 'Cole hätten müssen hinein
Doch kann das gar nicht möglich sein!

Ihr Wähler u. Wählerinnen habts gut gemacht
Dah Ihr den großartigen Kandidaten hinausgebracht.
Wir euten den Wählern zu guter Leht
Läst diesen für immer auf die Straße gesetzt

Alles

vermittelt schnell und billig eine
Anzeige in der Schwarzwälder
Tageszeitung „Aus den Tannen“.

